

Eine 13. AHV-Rente bedeutet weniger Geld für die erwerbstätige Bevölkerung

Die Linke und allen voran die Gewerkschaften werden nicht müde, zu behaupten, die AHV habe kein Finanzierungsproblem und man könne deren Ausgaben mit einer 13. AHV-Rente munter um jährlich im Schnitt fünf Milliarden Franken erhöhen. Was sie völlig negieren: In der kürzesten Zeit musste die Politik der Bevölkerung zusätzliche Kosten zur Sanierung der AHV auferlegen: Seit dem Jahr 2020 bezahlen die Arbeitnehmer/-innen und ihre Arbeitgeber/-innen gemeinsam um 0.3 Prozentpunkte höhere AHV-Lohnabzüge (je 0.15 Prozentpunkte). Seit Anfang 2024 werden wir alle zusammen durch eine um 0.4 Prozentpunkte höhere Mehrwertsteuer belastet. Die erste Massnahme führt zu zwei Milliarden Franken Mehreinnahmen pro Jahr für die AHV. Die erhöhte Mehrwertsteuer trägt zusammen mit dem Rentenalter 65 der Frauen ebenfalls ca. zwei Milliarden Mehreinnahmen pro Jahr bei. Das sind vier Milliarden Franken pro Jahr, die die Bevölkerung und insbesondere die erwerbstätige Bevölkerung zusätzlich bezahlen muss. Trotz dieser markanten Massnahmen ist die AHV nur bis 2030 finanziell gesichert. Denn die wichtige Sozialversicherung ist wegen der demografischen Alterung und der erfreulichen Tatsache, dass wir heute länger leben, in finanzieller Schieflage. Immer weniger Erwerbstätige müssen die AHV-Rente von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern finanzieren. Mit den beiden Finanzierungs-Massnahmen haben wir uns zwar Zeit erkaufte, das Finanzierungsproblem der AHV aber bei weitem nicht langfristig gelöst.

Die Gewerkschaften wollen nun mit der 13. AHV-Rente zusätzliche rund fünf Milliarden Franken pro Jahr ausgeben – und zwar für alle Rentnerinnen und Rentner, unabhängig davon, ob eine höhere Rente gebraucht wird oder nicht. Das ist mehr Geld pro Jahr, als der AHV mit den letzten beiden Reformen durch die Mehrbelastung der Bevölkerung zugeführt werden konnte.

Fakt ist, die AHV können wir nur über drei Möglichkeiten finanziell sichern:

- über eine Rentensenkung
- über eine Rentenalter-Erhöhung
- über eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuern oder Lohnabgaben oder anderer Steuern

Eine Rentensenkung will niemand, im Gegenteil. Über eine Rentenalter-Erhöhung ist mit den Linken und Gewerkschaften auch nicht vernünftig zu diskutieren. Beim gut durchdachten Vorschlag der Jungfreisinnigen mit der ebenfalls am 3. März zur Abstimmung kommenden Renteninitiative winken sie von Weitem ab. Dabei sind eine moderate Rentenalter-Erhöhung und die Kopplung an die stetig steigende Lebenserwartung in unseren europäischen Nachbarstaaten bereits gang und gäbe und einfach eine vernünftige Lösung. Wir sind heute mit 65 schliesslich viel fitter und gesünder als bei Einführung der AHV 1948 und wir leben im Schnitt auch acht (Männer) bis zehn (Frauen) Jahre länger. Zudem lässt die Renteninitiative branchenspezifische Lösungen zu, wie sie heute zum Beispiel mit der Frühpensionierung im Baugewerbe besteht.

Bleiben also aus Sicht der Linken und Gewerkschaften nur noch höhere (Mehrwert-)Steuern und Abgaben. Es ist ja schon interessant, dass die gleichen Linken und Gewerkschaften mit dem Schlagwort «Kaufkraftverlust» politisieren und gleichzeitig mit einer Giesskannen-

Geldausgabe einer 13. AHV-Rente Sanierungsmassnahmen nötig machen, die den Menschen das Geld direkt aus dem Portemonnaie nehmen. Dabei wird auch nicht beachtet, dass wir für diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die keine zusätzliche Absicherung wie eine zweite oder dritte Säule im Alter haben und für die das Geld nicht zum Leben reicht, Ergänzungsleistungen haben. Das ist eine weitere, äusserst sinnvolle Sozialversicherung, die ganz gezielt unterstützt.

Statt mit einer 13. AHV-Rente die Kaufkraft der erwerbstätigen und jungen Bevölkerung zu schmälern und die Löhne und Produkte in der Schweiz weiter zu verteuern, sollten wir lieber überlegen, wie wir die AHV langfristig und nachhaltig auch für die künftigen Generationen finanzieren können. Deshalb sagt der Arbeitgeberverband Region Basel am 3. März klar NEIN zur 13. AHV-Rente der Gewerkschaften und klar JA zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen.

Saskia Schenker, Direktorin Arbeitgeberverband Region Basel